Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Raumzeile 30 Rpfg., die 5-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teil 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 4. — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 5. Januar 1929

Das Sturzbad.

Die kalte Dusche. — Poincarés Marschroute. — Prozesse gegen das Reich.

Es ist eigentlich mehr die Zeit für wintersportliche Vergnügungen, und wer das Glück genießen kann, jetzt in den Regionen der Schneeschuhe und der Rodelschlitten den Übergang ins neue Jahr zu vollziehen, der wird für Sturzbäder und ähnliche hochsommerliche Erfrischungsmittel gewiß nicht im geringsten zu interessieren sein. Aber Herr Parker Gilbert fragt nicht danach, ob wir seiner Abkühlungskuren bedürfen oder nicht. Er hat es für richtig gehalten, uns für alle Fälle, da wir demnächst wieder einmal mit Engländern und Franzosen über die Endregelung unserer Kriegsentschädigungsleistungen verhandeln sollen, eine gehörige kalte Dusche zu versetzen, auf daß wir uns nur ja nicht mit übertriebenen Hoffnungen an dem neuen Konferenztisch niederlassen, an dem offenbar abermals unser Fell dazu dienen soll, daß andere Leute sich aus ihm Riemen schneiden, und zwar tüchtige Riemen.

Als wenn wir nach den noch frisch genug brennenden Enttäuschungen von Lugano nicht auch ohne diesen Wink mit dem Zaunpfahl schon so ungefähr gewußt hätten, wie der Hase diesmal laufen wird. Die Uninteressiertheit der Amerikaner an der Lösung der Reparationsfrage ist uns doch etwas gar zu oft und gar zu eindringlich versichert worden, als daß nicht schließlich leise Zweifel darüber hätten aufsteigen müssen, was wohl die wahre Meinung hinter diesen Gesten der Gleichgültigkeit sein möchte. Und nachdem Herr Poincaré mit der ihm eigenen Bestimmtheit wiederholt erklärt hatte, Deutschland müsse unter allen Umständen so viel Zahlungen an seine Kriegsgegner auf sich nehmen, daß Frankreich über seine Verpflichtungen an Amerika hinaus noch einen erklecklichen Betrag für seine heimischen Bedürfnisse übrigbehalte, da war für Herrn Parker Gilbert eigentlich schon die Marschroute für seinen fälligen Jahresbericht gegeben — es sei denn, daß die Washingtoner Regierung auch an dem weiteren Schicksal ihrer Beziehungen zu der Französischen Republik sich desinteressiert erklärte. Davon war aber natürlich nichts zu hören, und so werden sich diese Beziehungen sehr bald wieder ungleich herzlicher gestalten können, als sie unter der Einwirkung gewisser politischer Ereignisse des abgelaufenen Jahres allmählich geworden sind.

Wundern kann man sich eigentlich nur darüber, daß der Reparationsagent seine Hilfsaktion für unsere Gläubiger so unverhüllt herausgestellt hat. Nicht nur, daß er sich diesmal zu seinen eigenen vorausgegangenen Berichten in unlöslichen Widerspruch gesetzt hat: an der Kleinigkeit, daß unsere Auslandsverschuldung heute schon auf 70 Milliarden Reichsmark berechnet werden muß, geht er ebenso nichtachtend vorüber wie an der Erkenntnis, daß eine wirklich zutreffende Beurteilung unserer wirtschaftlichen Lage doch selbstverständlich nur durch Vergleiche, die bis 1913 zurückgehen, gewonnen werden kann, und nicht auf dem Wege, der nur von der Überwindung der Inflation seinen Ausgangspunkt nimmt. Wer so operiert, der muß in den Verdacht geraten, daß er sich lediglich die Aufgabe gestellt habe, eine ihm von außen fertig gelieferte Überzeugung, koste es was es wolle, zu „begründen“ — selbst um den Preis seines eigenen Rufes als internationaler Sachverständiger von bewährter Unparteilichkeit. Das ergibt im Effekt aber nur ein Hindernisrennen, bei dem alle Hürden und Sprungwände vorher beiseitegeschafft wurden; da braucht der Reiter sich wahrlich nicht sonderlich anzustrengen.

*

Auf den Reichskanzler hat, wie seine Neujahrsansprache an den Reichspräsidenten deutlich genug erkennen ließ, der Parker-Gilbert-Bericht sehr verstimmend gewirkt. Er ist trotzdem für vierzehn Tage Erholung in den Schwarzwald gefahren, wo er sich, wenn er will, bequemer als von Berlin aus mit anderen Gegnern auseinandersetzen kann, die ihm in der letzten Zeit das Leben auch nicht gerade leichter gemacht haben. Man weiß, daß Baden schon seit Monaten mit dem Reich in Gerichtsfehde liegt wegen seiner Ansprüche aus der Neugestaltung der Reichsbahn, und nun hat auch Württemberg den Staatsgerichtshof angerufen, weil das Reich ihm Kapital und Zinsen für die Überlassung der württembergischen Post und Telegraphie schon seit vielen Jahren vorenthält. Das sind, den Freistaat Sachsen eingerechnet, der gleichfalls seiner verlorenen Staatsbahn nachtrauert, schon drei Einzelländer, die als Kläger gegen das Reich auftreten, und von Bayern kann man wohl mit Sicherheit erwarten, daß es nicht mehr lange um einen Vorwand oder einen Grund in Verlegenheit sein wird, um auch seinerseits vor den Staatsgerichtshof zu gehen.

Fehlt bloß noch Preußen, um den Reigen der Prozeßkrieger gegen das Reich vollzumachen. Und wirklich, auch hier hört man schon einiges Säbelklirren. Die Regierung Braun lebt ja mit derjenigen des Herrn Müller, trotz weitgehender politischer Seelengemeinschaft, ohnedies nicht im besten Einvernehmen. Vorläufig wird noch einigermaßen verbindlich davon gesprochen, man werde „vielleicht“ genötigt sein, den Staatsgerichtshof anzurufen, um gewisse finanzielle Forderungen nicht durch Verjährung zu gefährden; von da bis zur formalen Einreichung der Klage in Leipzig ist aber wohl nur ein Schritt. Jedenfalls, die Reichsregierung sieht sich, auch abgesehen von prominenten Fremdlingen, mit denen sie es zu tun hat, einem Sturzbad von Angriffen ausgesetzt, die ihr die Freude am Leben und Wirken einigermaßen vergällen können. Die Prozesse vor dem Staatsgerichtshof kann sie gewinnen oder verlieren, ohne daß dadurch entscheidende Existenzfragen des Reiches berührt zu werden brauchen. Den Prozeß vor dem in Genf beschlossenen internationalen Sachverständigenausschuß aber muß sie gewinnen, wenn Deutschland nicht vollends zugrunde gerichtet werden soll.

Dr. Sy.

Wachsende Kritik an Gilberts Bericht

Der unbegründete Reparationsbericht.

Ein großer Teil der amerikanischen Presse hat sich nach der ersten kritiklosen Wiedergabe des die günstige Lage Deutschlands betonenden Berichts des Reparationsagenten besonnen und zweifelt jetzt die Stichhaltigkeit der optimistischen Äußerungen Parker Gilberts unverhohlen an. Die Blätter weisen auf die einhellige Ablehnung in Deutschland hin und sagen, der deutsche Reichskanzler Müller werde nach seiner Rückkehr aus den Ferien stärkere Mitarbeit finden als je zuvor. Gegen den angeblichen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands spreche die große Arbeitslosenziffer, ferner der Rückgang der Kohlenerzeugung und -ausfuhr, die Steigerung der Einfuhr usw. Es sei leicht für Parker Gilbert, sagt ein Leitartikel, aus anderer Leute Haut Riemen zu schneiden.

Kritik selbst in Frankreich.

Ob dem Jubel über Parker Gilberts rosiges Gemälde von Deutschlands Erstarkung scheint selbst in Paris noch ein Rest von Besinnung erhalten geblieben zu sein. So schreibt das „Journal“, Gilbert habe wahrscheinlich ein zu optimistisches Bild von der deutschen Wirtschaftslage entworfen. Es sei nicht zu leugnen, daß die deutsche Zahlungsbilanz mit 1,8 Milliarden Reichsmark passiv sei. Parker Gilbert habe die Lage zum Entzücken dargestellt, weil er damit die Newyorker Finanzleute für die in Aussicht genommene Anleihe günstig stimmen wolle. Den Deutschen habe er eine Verminderung ihrer Schulden versprochen und den Alliierten sofortige Zahlungen vorgezaubert. Man täte in Frankreich gut daran, sich nicht Illusionen hinzugeben und immer wieder die volle Wahrheit zu fordern.

Halbe Wahrheiten.

Reichstagsabgeordneter Dr. R. Schneider von der Volkspartei, der als genauer Kenner des Reparationsproblems gilt, wendet sich in einem zu Dresden veröffentlichten Artikel scharf gegen den Bericht Parker Gilberts. Dr. Schneider sagt: „Schlimmer als Unwahrheiten sind halbe Wahrheiten. Das schlimmste für Deutschland ist es, daß nicht nur der Schein gegen uns spricht, sondern, daß auch manche mühevolle, in fremden, hoch zu verzinsenden Kapitalien geschaffene Leistung deutschen Wagemutes in dem unendlich schwierigen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft irreführend gegen uns ausgespielt werden kann. Das heißt nach dem bisher Geschehenen:

„Deutschland kann zahlen?“

Was bisher geleistet wurde, mußte auf Borg geleistet werden. Es ist unbestritten, daß die Kapitalbildung Deutschlands bei weitem nicht für den notwendigsten eigenen Bedarf ausreicht, geschweige denn für Tributzahlungen. Parker Gilbert weiß es und alle Wirtschaftskenner der Welt wissen es, daß gerade infolge der Reparationslasten Deutschlands Kapitalbedarf und damit Deutschlands Zinsenlast und Zinsenhöhe hoch über den Durchschnitt der anderen Länder getrieben ist. Im vergangenen Jahr ist Leihgeld in Deutschland vier Prozent teurer gewesen als in den Ländern, die mit uns konkurrieren. Wir wissen wohl, daß manchmal der Schein gegen uns spricht: „Berlin im Licht“, der Betrieb des Kurfürstendammes, die Großzügigkeit so mancher Stadtverwaltung mit Ausstellungen und sonstiger illuminierter Repräsentation. Da wird mancher Schaden angerichtet, und Stresemann hatte ganz recht, als er neulich zornig ausrief: „Ich wünschte, daß doch einmal die Oberbürgermeister Reparationsverhandlungen führen möchten!“

Eine Erklärung des bayrischen Finanzministers.

München, 4. Januar. Der bayrische Finanzminister Dr. Schmelzle erklärte in einer Pressebesprechung, daß der Jahresbericht Parker Gilberts derart gefärbt sei, daß mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reparationsverhandlungen Anlaß zu großer Besorgnis bestehe. Schon in den früheren Berichten habe der Reparationsagent aus an sich richtigen Einzelheiten falsche Schlußfolgerungen gezogen. Diese bisherige Einseitigkeit mache sich in dem neuesten Bericht des Reparationsagenten noch unangenehmer bemerkbar. Ein grundsätzlicher Mangel seiner Beweisführung sei vor allem, daß er lediglich vom Reichshaushalt ausgehe, die Haushalte der Länder und Gemeinden aber unberücksichtigt lasse. Ein wahres Bild unserer Lage ergebe sich aber erst dann, wenn man den Haushalt nicht nur des Reiches, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden betrachte. Nur so könnten die Schwierigkeiten erkannt werden, die für die Aufbringung der Gesamtsumme von jährlich 2½ Milliarden bestünden, und dann könne man auch verstehen, wie außerordentlich schwer es für das Reich sei, jetzt mit neuen Steuern zu kommen. Daß der Reparationsagent diese Untersuchung nicht angestellt habe, sei eine Unterlassung, die er nicht hätte begehen dürfen und der amerikanische Handelsattache in Berlin, sowie die Vertreter amerikanischer Banken in Deutschland seien ja auch in ihren Berichten zu ganz anderen Ergebnissen gekommen. Die öffentliche Wirtschaft Deutschlands müsse als Ganzes betrachtet werden.

Wachsende finanzielle Sorgen

Unheimlich anschwellendes Defizit im Reichshaushalt

Berlin, 4. Januar. Im Demokratischen Zeitungsdienst veröffentlicht Reichsminister a. D. Dr. Külz einen „Neue Sorgen“ überschriebenen Artikel, in dem es u. a. heißt: Wer in den letzten zehn Jahren politisch und amtlich in dem Brennpunkt unseres öffentlichen Lebens zu arbeiten berufen war, wird das Empfinden nicht los, daß wir mit 1929 ein besonders sorgenvolles Jahr vor uns haben. Wenn uns das auch nicht dazu verleiten darf, in ödem Pessimismus den Kopf hängen zu lassen, so wäre es doch ebensowenig unverantwortlich, uns dieser Erkenntnis zu verschließen. Die Sorgen des Jahres 1929 werden zunächst solche wirtschaftlicher Natur sein, und zwar in gleicher Weise für die öffentliche Wirtschaft wie für die private Wirtschaft. In der öffentlichen Wirtschaft sehen Reich, Länder und Gemeinden das Gespenst eines ungedeckten Defizits ihrer Haushaltpläne vor sich. Wenn man alles in allem zusammennimmt, beträgt

dieses Defizit mindestens 1 Milliarde Mark.

Es bei gleichbleibenden Ausgaben zu decken, gibt es kein anderes Mittel, als auf dem Umwege über Steuern, Zölle, Gebühren usw. den Betrag von einer Milliarde der privaten Wirtschaft abzuzapfen und der öffentlichen Wirtschaft zuzuführen. Nun fließt zweifellos hiervon ein nicht unerheblicher Teil wieder in den Kreislauf der Privatwirtschaft zurück, aber doch nicht ohne die mißliche Folge der Kapitalverknappung und der Preissteigerung. Beide Momente verkörpern aber heute schon die Hauptsorgen der Privatwirtschaft. Es ist ein trübes Bild, wenn die Steuerkurve nach oben und die Konjunkturkurve der Wirtschaft nach unten verläuft. Beides ist bei uns der Fall. Auch im Jahre 1928 ist ein großer Teil der deutschen Produktion und des deutschen Kapitalbedarfes nur durch Auslandsanleihen von insgesamt 1,6 Milliarde Mark finanziert worden. Eine düstere Sprache redet die Tatsache, daß eine

Erwerbslosenziffer von 750 000 am 1. Dezember 1927 am gleichen Tage des Jahres 1928 einer solchen von 1 174 000 gegenübersteht.

So ist das Bild der wirtschaftlichen Tatsachen alles andere als rosig.

Zu den wirtschaftlichen Sorgen kommen die rein politischen. In der Behandlung des außerpolitischen Kernproblems, der Räumung der besetzten Gebiete, sind Ansätze zu einer positiven Lösung nicht zu erkennen. Nach wie vor bleibt es bei mehr oder weniger freundlichen Worten und bei dem verhängnisvollen Bestreben, die Reparationsfrage mit der Räumungsfrage zu verquicken. Aber auch innenpolitisch wird das Alltagsgesicht des Jahres 1929 grau aussehen. Große Probleme sind zwar als solche klar erkannt und erschöpfend erörtert, aber ihre praktische Lösung schreitet nicht voran. Es ist ein

Herumreden um die Probleme ohne entschlosseres Zufassen.

Ueberall ein Tasten, ein zaghaftes Fühlen, aber keine Tat. Anstatt einer Zusammenfassung der politischen Willensbildung im Parlament und im Volke in weiteres Zersplittern. Külz schließt seine sehr interessanten Darlegungen mit den Worten, daß es die Aufgabe des Reichstages und der Reichsregierung sein müsse, in dem jetzt begonnenen Jahre ein Absinken unserer wirtschaftlichen und politischen Konjunktur zu verhüten. Wenn je, so wird es im Jahre 1929 nicht zu reden, sondern zu handeln gelten.

Fast 300000 Personen beschäftigt das Reich

Eine Denkschrift des Reichsfinanzministers.

In einer umfangreichen Denkschrift hat soeben der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding dem Reichstag eine Übersicht darüber verschafft, wieviel Beamte, Angestellte und Arbeiter in der Inflationszeit für das Reich tätig waren und um wieviel inzwischen durch den Beamtenabbau diese Zahl geringer geworden ist. Am Stichtage, dem 1. Juli 1928, beschäftigten sämtliche Reichsbehörden, mit

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF